

LÜHR HENKEN/PETER STRUTYNSKI

HÄNDLER DES TODES

**RÜSTUNGSEXPORTE ALS MITTEL DEUTSCHER AUSSENPOLITIK:
SCHÄDLICH UND UNMORALISCH**

Wieder ging ein Raunen durch den deutschen Blätterwald, als Mitte April 2013 bekannt wurde, dass der Bundessicherheitsrat offenbar ein milliardenschweres Rüstungsgeschäft mit dem Golfemirat Katar genehmigt hat. Es geht um die Lieferung von 62 modernen Leopard-2-Kampfpanzern und 24 Panzerhaubitzen («das modernste Artilleriesystem der Welt»). Beide Systeme werden von der größten deutschen Panzerschmiede Krauss-Maffei Wegmann (München und Kassel) in Kooperation mit Rheinmetall (ebenfalls in Kassel) hergestellt. Das politische Naserümpfen legte sich aber bald wieder. Immerhin geht es um einen Auftrag im Wert von 1,9 Milliarden Euro, was den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, Ernst Hinsken (CSU), zu der Bemerkung veranlasste: «Damit werden deutsche Arbeitsplätze gesichert.» Und moralische Bedenken gegen den Waffendeal wischte er in Stammtischmanier beiseite: «Wenn Deutschland nicht liefert, liefern andere» (Süddeutsche Zeitung, 19.4.2013).

Damit sind wir schon mitten im Thema: Was bedeutet der deutsche Rüstungsexport, wie ist er zu kontrollieren, wie ist er politisch und ethisch zu bewerten, welche Folgen hat er in der Welt?

Das unabhängige Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI führt die Bundesrepublik Deutschland auf Platz 3 der weltweit größten Waffenexporteure nach den USA und Russland. Damit ist Deutschland in der EU der größte Exporteur des Todes. Dies bezieht sich auf die Summe der Exporte der letzten fünf Jahre. Allerdings belegt Deutschland 2011 und 2012 nur noch die Plätze 6 bzw. 5 weltweit. SIPRI ermittelte zuletzt sogar eine Halbierung der Ausfuhren gegenüber den Vorjahren. Deutet sich damit möglicherweise eine Trendwende an, die auf eine Reduktion des deutschen Rüstungsexports hinweist? Mit Sicherheit nicht.

Denn die von der Bundesregierung veröffentlichten Werte für erteilte Ausfuhrgenehmigungen, die meist erst Jahre später tatsächlich erfolgen, weisen in die Höhe. Ein Vergleich der Beträge für die beiden letzten Jahrfünftige weist ein Plus von 25 Prozent aus und dabei ist der letzte Wert für 2011 (10,8 Mrd. Euro) fast doppelt so hoch wie der des Vorjahres (5,5 Mrd. Euro) und stellt damit den zweithöchsten Betrag überhaupt dar. Darüber hinaus lag die Summe der zur Absicherung der Exporte von der Regierung gewährten Hermes-Bürgschaften 2012 um 800 Millionen Euro höher als 2011. Sechs Rüstungsgeschäfte wurden mit 3,3 Milliarden Euro abgesichert.

Dabei fällt auf, dass vor allem die Genehmigungen in die sogenannten etwa 100 Drittländer – also in jene Länder, die

weder der NATO noch der EU oder ihnen gleichgestellte Länder angehören – ganz besonders angestiegen sind. Dabei wird in den im Jahr 2000 erlassenen «Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen» ausdrücklich betont, dass «der Export von Kriegswaffen und anderen Rüstungsgütern» in diese «Drittländer» «restriktiv gehandhabt» werden soll. Ein Vergleich der beiden letzten Jahrfünftige ergibt ein Plus von 73 Prozent. Innerhalb dieser Gruppe der «Drittländer» sticht insbesondere der Zuwachs an Ausfuhrgenehmigungen in die Vereinigten Arabischen Emirate um 245 Prozent und um 313 Prozent nach Saudi-Arabien heraus. Für 2012 teilt die Bundesregierung auf Anfrage des Abgeordneten Jan van Aken (DIE LINKE) mit, dass für Saudi-Arabien Ausfuhren für 1,24 Milliarden Euro genehmigt wurden. Das ist so viel wie in den vier Jahren zuvor zusammen. Und die öffentlich ruckbar gewordenen Exportabsichten von Kampfpanzern und Kriegsschiffen an den Golf sind darin noch nicht einmal enthalten, weil sie noch nicht offiziell genehmigt wurden.

Die tatsächlich erfolgte Ausfuhr von Kriegswaffen in diese sogenannten Drittländer ist ebenfalls besorgniserregend. So erreichte die Kriegswaffenausfuhr im letzten Berichtsjahr 2011 mit einem Wert von 843 Millionen Euro ein Allzeithoch. Das war fast doppelt soviel wie 2010 und fast fünfmal soviel wie 2009. Damit landeten etwa zwei Drittel der deutschen Kriegswaffenausfuhr 2011 in den «Drittländern», ein Drittel (genau für 447 Mio. Euro) ging an NATO- und EU-Mitglieder. Von restriktiver Handhabe kann ganz und gar nicht die Rede sein.

PANZER NACH SAUDI-ARABIEN UND KATAR

Der Nahe Osten, Südasien und Südkorea sind Spannungsgebiete. Trotzdem wird dorthin geliefert, was das Zeug hält. Im Juni 2011 war bekannt geworden, dass der Bundessicherheitsrat – ein geheim tagender Ausschuss der Bundesregierung, dem die Kanzlerin und acht Minister angehören – einer Voranfrage Saudi-Arabiens auf Lieferung von 270 Kampfpanzern des Typs Leopard 2 A7+ einstimmig zugestimmt habe. Die Regierung hat dazu bisher jede Stellungnahme verweigert. Eine formelle Exportgenehmigung von Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) liegt ebenfalls noch nicht vor. Der Deal könnte also noch abgeblasen werden. Andererseits hat der Generalunternehmer Krauss-Maffei Wegmann den Panzer in der saudischen Wüste bereits erproben lassen.

Die Bundesregierung schickt sich also an, schwere Waffen direkt in «Spannungsgebiete» zu liefern. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat das sogar öffentlich begründet. Im Bergedorfer Gesprächskreis der Körber-Stiftung sagte sie im September 2011: «Wenn die Bundesrepublik davor zurückschreckt, militärisch zu intervenieren, dann reicht es in der Regel nicht, an andere Länder und Organisationen Worte der Ermutigung zu richten. Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein. (...) Wir sollten aber versuchen, einen Schritt weiterzugehen. Wenn wir uns im atlantischen Bündnis einig sind, dass die NATO nicht alle Konflikte lösen kann und dass den aufstrebenden Schwellenländern und Regionalorganisationen mehr Verantwortung zukommt, dann sollten wir im Bündnis bei den Rüstungsexporten auch schrittweise zu einer gemeinsamen Politik kommen» (Der Spiegel, 10.10.2011). Diese neue außenpolitische Leitlinie wird seither als «Merkel-Doktrin» bezeichnet. Im Oktober 2012 machte die Kanzlerin in Strausberg vor der Bundeswehrführung sogar den Versuch, diese Doktrin als Mittel der Friedenspolitik zu verkaufen: «Wer sich der Friedenssicherung verpflichtet fühlt, aber nicht überall auf der Welt eine aktive Rolle in der Friedenssicherung übernehmen kann, der ist auch dazu aufgerufen, vertrauenswürdigen Partnern zu helfen, damit sie entsprechende Aufgaben übernehmen.» Dies schließt eben auch «Unterstützung bei der Ausrüstung» ein.

Merkels neue Weltsicht lautet demnach: Rüstungsexporte dienen dem Frieden. Also: Frieden schaffen mit mehr Waffen.

Was sind das für Panzer, die nach Saudi-Arabien exportiert werden sollen? Krauss-Maffei Wegmann bietet seit 2005 den Typ Leopard 2 A7+ an, von denen Saudi-Arabien 270 Stück kaufen will. Sie bewirbt ihn wörtlich als «Kampfpanzer des 21. Jahrhunderts», mit dem sich die «neuen Herausforderungen» wie, so wörtlich, «asymmetrische Bedrohungen, zum Beispiel Terroristen, Sprengfallen (IED's) oder Einzelpersonen» bekämpfen lassen. Speziell auf den Stadt- und Ortskampf ausgerichtet, erhielt der A7+ einen ungewöhnlichen Tarnanstrich, der den Verhältnissen in Innenstädten angepasst ist. Mit ihm werden, so die Waffenschmiede, die Soldaten «optimal auf neue Einsatzszenarien vorbereitet». Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) beschreibt die Fähigkeiten dieses Panzers so: Mit dem Maschinengewehr kann «man auch steil nach oben schießen – beispielsweise in engen Straßen gegen Feinde auf Hausdächern. Neue Munition, die zeitverzögert explodiert, wirkt auch hinter Mauern. Außerdem kann der Panzer rundum gegen Panzerfaustangriffe gewappnet werden, das Fahrwerk wurde verbessert, eine Kühlanlage sorgt auch in heißen Ländern für erträgliche Temperaturen» (FAZ,

6.7.2011). Also quasi eine uneinnehmbare mörderische Festung. Auf die 120mm-Glatrohrkanone von Rheinmetall wird selbstverständlich nicht verzichtet. Rheinmetall bietet für den A7+ ein um 1,30 m verkürztes Rohr an, weil die kürzere Waffe beim Einsatz in engen Straßen und Gassen von Vorteil sei.

Ausgerechnet Saudi-Arabien interessiert sich für diesen einzigartigen Panzertyp. Dieses feudale-repressive Königreich, dessen absolutistischer Herrscher über dem Gesetz steht, dessen Staatsbürger der Scharia unterworfen sind, wo Parteien, Gewerkschaften, Streiks, ja selbst Demonstrationen verboten sind und Frauen nicht Auto fahren dürfen. Saudi-Arabien ist das Zentrum des sunnitischen Fundamentalismus, dessen Staatsreligion der Wahhabismus ist. Das Wahhabiten-Regime unterstützt weltweit den Salafismus, eine besonders fanatische und intolerante Spielart des Islamismus.

Zieht man die Rüstungsexportrichtlinien zurate, die sich die Bundesregierung selbst gegeben hat, so verbietet sich der Panzerdeal mit einem solchen Staat. Es heißt dort nämlich: «Genehmigungen für Exporte nach KWKG (Kriegswaffenkontrollgesetz) und/oder AWG (Außenwirtschaftsgesetz) kommen nicht in Betracht, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht, z. B. bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen und bei hinreichendem Verdacht des Missbrauchs zu innerer Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen. Für diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle.»

Aber keine Regel ohne Ausnahme. In den Richtlinien heißt es an anderer Stelle: «Der Export von Kriegswaffen wird nicht genehmigt, es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland (...) für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen. Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen.» Und der Export nach Saudi-Arabien oder nach Katar liegt augenscheinlich im deutschen Interesse. «Riad sei ein wichtiger Partner im Kampf gegen den Terrorismus und gegen eine nukleare Bewaffnung Irans sowie im Nahost-Prozess. Allerdings gebe es erhebliche Defizite im Menschenrechtsbereich», verkündete die Kanzlerin laut faz.net im Fernsehsender Sat 1 am 8. Juli 2011. Die hehren menschenrechtlichen Grundsätze werden schnell zu Makulatur, wenn geostrategische oder wirtschaftliche Interessen im Spiel sind.

Das absolutistisch regierte Emirat Katar ist eine an Saudi-Arabien grenzende Halbinsel von der Größe des Kosovo im Persischen Golf und innenpolitisch ähnlich repressiv verfasst wie sein großer Nachbar. Katar erhält schon seit vielen Jahren Kleinwaffen und Munition aus Deutschland. Als jedoch im Mai 2009 der Bundessicherheitsrat der damaligen Großen Koalition die Ausfuhr von 36 Leopard-2-Kampfpanzern nach Katar genehmigte, kam das einem Tabubruch gleich. Zum ersten Mal sollten schwere Kriegswaffen in das Spannungsgebiet am Golf geliefert werden. Erst zwei Jahre später wurde bekannt, dass der Bundessicherheitsrat kurz danach im Sommer 2009 auch der Lieferung von 24 Panzerhaubitzen 2000 zugestimmt hatte (welt.de, 18.7.2011). Bis Ende 2011 ist die Lieferung von Panzern und Haubitzen laut SIPRI-Register nicht erfolgt. Auch 2012 wurde nicht geliefert. Erst im April 2013 wurde der Vertrag perfekt gemacht.

Wie ist diese gigantische Aufrüstung des kleinen Landes zu erklären? Katar beherbergt das Zentrum der US-Streitkräfte am Persischen Golf mit dem regionalen Hauptquartier des Central Command und dem Luftwaffenkommando. Beide

sind unter anderem für den Iran zuständig. 16 Prozent der Menschen in Katar sind iranischer Abstammung. Augenscheinlich sollen wie in Saudi-Arabien die deutschen Panzer zur Repression im Innern eingesetzt werden.

AUFRÜSTUNG SCHÜRT KRIEGSGEFAHR

Eine Flut von Waffen ergießt sich in die arabischen Golfstaaten. Allgemein wird behauptet, man rüste sich gegen eine iranische Atombombe. Das ist so sehr Allgemeingut, dass man gar nicht mehr nachfragt, ob der Iran überhaupt nach einer Atombombe strebt. Dass selbst die US-Geheimdienste sagen, dass der Iran seit 2003 kein militärisches Atomprogramm verfolgt, wird hier achselzuckend beiseite gewischt. Aber was ist, wenn der Vater des iranischen Atomprogramms dasselbe sagt? Dann wird es hierzulande gar nicht berichtet. Als Vater des iranischen Atomprogramms gilt Akbar Etemad. Der heute 82-Jährige hat für den Schah von Persien das Atomprogramm entwickelt und hat mit dem Mullah-Regime nichts am Hut. Die *Basler Zeitung* stellte ihm im August 2012 folgende Frage: «Die iranische Regierung hat ein sehr schlechtes Image im Westen, weil der Westen sagt, der Iran wolle eine Bombe bauen. Stimmt das?» Etemad: «Ja, es stimmt, dass der Westen sagt, der Iran wolle eine Nuklearwaffe bauen. Aber es stimmt nicht, dass der Iran das tut» (bazonline.ch, 23.8.2012).

Werfen wir einen Blick auf die Kräfteverhältnisse am Golf, so zeigt sich, dass nicht der Iran, sondern seine Gegner eine drückende militärische Überlegenheit haben. Der Iran gibt jährlich rund zehn Milliarden Dollar für sein Militär aus. Die sechs arabischen Golfmonarchien kommen zusammen auf das Siebenfache! Zusätzlich sind die USA in allen sechs Staaten militärisch präsent, etwa mit dem Stützpunkt der 5. US-Flotte in Bahrain. Zudem rüsten die sechs Länder, angeführt von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, massiv auf. Die in den letzten zehn Jahren eingeführten Kriegswaffen im Wert von etwa 20 Milliarden US-Dollar waren dabei nur ein Vorspiel. Seit 2010 laufen zwischen diesen Staaten und den USA Verhandlungen über wesentlich größere Waffenimporte. So wurden für die saudische Luftwaffe Verträge in Höhe von 68 Milliarden US-Dollar abgeschlossen. Verhandlungen über die Lieferung von Kriegsschiffen in Höhe von 30 Milliarden US-Dollar laufen seit 2010. All diese Projekte werden in den USA mit der Rüstung gegen den Iran begründet. Insgesamt wird die Summe aller Neubeschaffungen der arabischen Golfstaaten auf etwa 150 Milliarden US-Dollar geschätzt. Das ist 15 Mal mehr als das gesamte jährliche iranische Militärbudget. Obendrein kämen die deutschen Panzer- und Kriegsschiffexporte im Wert von über 20 Milliarden US-Dollar und – nicht zu vergessen – die deutschen U-Boot-Lieferungen an Israel. Angesichts der US-Präsenz am Golf und der Ausstattung aller arabischen Staaten dort mit Raketenabwehrsystemen muss sich der Iran eingekreist und bedroht fühlen, angegriffen zu werden.

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) rechtfertigt den deutschen Rüstungsexport damit, dass Saudi-Arabien «ein Stabilitätsanker in der Region» sei (faz.net, 8.7.2011). Aber dass die weitere Aufrüstung der eh schon militärisch überlegenen Gegner des Iran in Kombination mit dem mörderischen Wirtschaftsembargo die Kriegsdrohung gegen Iran erhöht oder sein etwaiges Atomprogramm eher beschleunigt als dämpft, blendet diese Argumentation aus. Ein Angriff auf den Iran wird umso wahrscheinlicher, je besser es den Angreifern gelingt, mögliche iranische Gegenmaßnah-

men zu minimieren. Bei fortgesetzter Aufrüstung der arabischen Golfstaaten kommt es entweder zu einem Angriff auf den Iran, oder der Iran wird zur Atommacht. In jedem Fall wird die Lage instabiler – und die Bundesregierung trägt aktiv zu dieser Destabilisierung der internationalen Lage bei.

U-BOOTE FÜR ISRAEL

1999 und 2000 lieferten HDW und die Nordseewerke drei U-Boote der Dolphin-Klasse an Israel. Diese U-Boote wurden mit 560 Millionen Euro vom deutschen Steuerzahler finanziert, weil Israel das Geld dafür fehlt. Die U-Boote haben einen diesel-elektrischen Antrieb und eine Reichweite von knapp 9.000 Kilometer. Sie sind auf das Mittelmeer ausgelegt. Nachträglich hat Israel in die U-Boote vier vergrößerte Torpedoöffnungen eingebaut. Fachleute gehen davon aus, dass diese für Marschflugkörper verwendet werden können, die atomar bestückt sind. Beweise dafür gibt es allerdings nicht.

Die rot-grüne Bundesregierung genehmigte noch als letzte Amtshandlung 2005 die Ausfuhr von zwei vergrößerten U-Booten der Dolphin-Klasse nach Israel. Sie heißen Dolphin II. Die Dolphin II – aber auch die U-212 – sind die kampfstärksten konventionell angetriebenen U-Boote überhaupt. Die beiden U-Boote der Dolphin-II-Klasse sollen 2013 einsatzbereit sein und kosten etwa eine Milliarde Euro, wovon der deutsche Steuerzahler direkt ein Drittel beisteuert und indirekt durch den Kauf von Rüstungsgütern in Israel ein weiteres Drittel. Ein Drittel der Kosten trägt Israel. Anfang Juni 2012 unterzeichnete die Bundesregierung den Vertrag über ein drittes Dolphin-II-U-Boot. Geliefert wird bis 2017. An Hermes-Bürgschaft wurden 405 Millionen Euro genehmigt. Der deutsche Steuerzahler gibt dafür 135 Millionen Euro, sodass sich die deutsche Spende für die sechs israelischen U-Boote auf insgesamt 1,03 Milliarden Euro summiert.

Fragen an die Bundesregierung, was sie über die nukleare Bewaffnung dieser U-Boote wisse, beantwortet sie so: «Die Bundesregierung beteiligt sich nicht an Spekulationen über eine mögliche Bewaffnung» (Bundestags-Drucksache 17/10194). Dabei sind Aussagen bekannt von Leuten, die darüber Bescheid wissen. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Carsten Vogt (SPD) sagte dem *Spiegel*: «Wenn wir danach gefragt hätten, wäre das Schlimmste gewesen, wenn die Israelis uns eine ehrliche Antwort gegeben hätten» (junge Welt, 15.6.2012). *Spiegel Online* schreibt: «Ehemalige hochrangige Beamte im Verteidigungsministerium wie der ehemalige Staatssekretär Lothar Rühl oder der Ex-Chef des Planungsstabs Hans Rühle haben gegenüber dem Spiegel erklärt, sie seien schon immer davon ausgegangen, dass Israel auf den U-Booten Nuklearwaffen stationieren werde. Rühl hat darüber auch mit Militärs in Tel Aviv gesprochen» (Spiegel Online, 3.6.2012). Die Merkel-Regierung verhält sich hier wie die drei Affen: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen.

KLEINWAFFEN UND WEITERE RÜSTUNGSEXPORTE

Die mehr oder weniger weit gediehenen Rüstungsdeals in «Drittländern» summieren sich auf über 30 Milliarden Euro. Diese gigantische Dimension ist in der bundesdeutschen Rüstungsexportgeschichte beispiellos. Wenn diese Vorhaben umgesetzt werden, ist der unrühmliche dritte Platz Deutschlands im weltweiten Rüstungsexport für lange Zeit gesichert. Die Merkel-Doktrin macht's möglich.

Schon jetzt – ohne diese in Aussicht stehenden Aufträge – verzeichneten die vier größten deutschen Rüstungskonzer-

ne Rheinmetall, ThyssenKrupp, Krauss-Maffei Wegmann und Diehl entgegen der weltweiten Entwicklung ein deutliches Umsatzplus. Während SIPRI für 2011 weltweit erstmals seit 1994 ein Schrumpfen des Umsatzes der 100 größten Rüstungsbetriebe (ohne China) feststellte (um fünf Prozent auf 410 Mrd. US-Dollar), setzten diese deutschen Rüstungsschmieden mehr um: Rheinmetall (+12 Prozent auf 3 Mrd. US-Dollar), ThyssenKrupp (+55 Prozent auf 2,1 Mrd. US-Dollar), Krauss-Maffei Wegmann (+ 9 Prozent auf 1,7 Mrd. US-Dollar) und Diehl (+14 Prozent auf 1,4 Mrd. US-Dollar). Rheinmetall verbuchte zudem 2012 ein Auftragsplus von 60 Prozent auf einen rekordhohen Auftragsbestand von fünf Milliarden Euro. «ThyssenKrupp hat in seinem militärischen Marinegeschäft so hohe Aufträge wie nie zuvor. Beide Unternehmen profitieren von florierenden Exporten» (FAZ, 19.2.2013).

Unter die Kategorie «Kleinwaffen» fallen neben Pistolen und Revolvern auch Maschinen- und Schnellfeuergewehre, Maschinenpistolen und kleine Mörser. Diese sind wahre Massenvernichtungswaffen: «Laut einer Studie des Internationalen Roten Kreuzes sterben von 20 Toten auf den Schlachtfeldern der Welt 19 durch Kleinwaffen» (Neues Deutschland, 28.8.2012). Offizielle Schätzungen gehen von mehr als 400.000 Toten jährlich durch Kleinwaffen aus (ebenda). Die deutsche Firma Heckler&Koch hat etwa 15 Millionen Gewehre des Typs G3 hergestellt. Völlig legal wurden sie in 88 Staaten exportiert. Schätzungen sprechen davon, dass seit 1949, dem Jahr der Firmengründung, etwa 1,5 Millionen Menschen mit Produkten von Heckler&Koch getötet wurden. Deutschland ist der drittgrößte Kleinwaffenexporteur der Welt – nach den USA und Italien (Neues Deutschland, 29.11.2011).

Lizenzvereinbarungen zum Nachbau von G3-Gewehren gibt es mit zehn Ländern, darunter mit der Türkei, Saudi-Arabien, Mexiko, Burma, Iran und mit Pakistan. G3-Gewehre finden sich heute im Bürgerkrieg in Somalia, in Thailand, türkische Soldaten töteten mit dem G3-Gewehr Kurden, das mexikanische Militär setzte sie in Chiapas ein.

Im Jahr 2011 erteilte die Regierung die Genehmigung für den Export von Kleinwaffen in 24 Staaten außerhalb von EU und NATO im Wert von 17,9 Millionen Euro. Das ist der zweithöchste Wert überhaupt. Der größte Empfänger darunter war wiederum Saudi-Arabien – in das repressivste dieser 24 Länder floss über die Hälfte des Waffenwerts. 2011 wurde bekannt, dass Heckler&Koch in Saudi-Arabien eine Fabrik für Sturmgewehre des Typs G36 errichtet hat. Sie hat bereits die Produktion aufgenommen und wirbt für den Export. Im Dezember berichtete der *Spiegel*, dass die Bundesregierung unter anderem den Export von 1,2 Millionen Patronen für Handfeuerwaffen in dieses autoritäre Land am Golf genehmigt habe (Spiegel, 17.12.2012). Auch das hat mit restriktiver Handhabung nichts zu tun. Anders der Schweizer Bundesrat. Er erteilte dem Gesuch eine Absage, «Einzelteile und Baugruppen für Pistolen» an die königliche Garde Saudi-Arabiens via USA zu exportieren. In der Begründung für die Ablehnung hieß es, «dass mit den Einzelteilen Waffen produziert würden, mit denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden könnten» (Handelszeitung, 23.1.2013).

DIE RÜSTUNG – EIN WIRTSCHAFTSFAKTOR?

Wer kennt sie nicht, die «Argumente» der Rüstungslobby und der mit ihr sympathisierenden Politiker von CDU/CSU über FDP und SPD bis zu den Grünen: Ein Verzicht auf eine eigenständige Rüstungsindustrie würde die deutsche Wirtschaft schwächen, Arbeitsplätze bedrohen, die Entwicklung

der Hightech-Industrie gefährden und die deutschen Exporte schmälern, kurz: Der Wirtschaftsstandort Deutschland wäre bedroht. Das alles ist nur zu einem verschwindend kleinen Teil richtig, im Wesentlichen aber falsch. Warum?

Der Umsatz der Rüstungsindustrie in Deutschland (2011 waren das nach Angaben des Bundesverbands der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie – BDSV – 28,3 Mrd. Euro), macht gerade mal 1,1 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts aus (das sind die Werte, die pro Jahr neu geschaffen werden). Setzt man den Exportwert der Rüstung (12,5 Mrd.) in Beziehung zum Gesamtexport der deutschen Wirtschaft, so landen wir sogar bei unter einem Prozent. Auch mit den Arbeitsplätzen ist es nicht so weit her. Der BDSV spricht von 98.000 Rüstungsarbeitsplätzen (andere Schätzungen liegen bei nur 80.000). Aber auch diese höhere Zahl bedeutet nur einen Anteil von 0,24 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland. Mit anderen Worten: Die Rüstungswirtschaft ist eine marginale Größe in Deutschland.

Dabei ist nicht zu verkennen, dass sie in bestimmten Regionen durchaus von Bedeutung ist, etwa an der norddeutschen Küste (Schiffbauindustrie!), im Bodenseeraum oder in Kassel. Eine «Ent-Rüstung» dieser Rüstungszentren müsste also mit entsprechenden Hilfen von Bund und Ländern begleitet werden. Es ist möglich, die vorhandenen Produktionskapazitäten auf die Herstellung ziviler Güter umzustellen, sodass niemand arbeitslos würde (Konversionsprogramm).

Der Wirtschaftsstandort Deutschland würde durch einen Stopp der Rüstungsexporte sogar gewinnen. Denn die Waffen und Rüstungsgüter, die heute in alle Welt geliefert werden, tragen zur Verschärfung von Spannungen bei und begünstigen bewaffnete Konflikte, Bürgerkriege und zwischenstaatliche Kriege. Häufig führt dies zu weiteren Verarmungs- und Migrationsprozessen, zum Ausverkauf und Zerfall ganzer Staaten und ihrer Infrastruktur. In solche Länder lassen sich kaum noch zivile Güter verkaufen, was die exportorientierte deutsche Wirtschaft zu spüren bekäme.

Die Bevölkerung lässt sich von der Rüstungslobby kaum überzeugen. Im Gegenteil: Eine große Mehrheit lehnt Waffenexporte rundweg ab. Das ergab etwa eine repräsentative Emnid-Umfrage Anfang Oktober 2011. Auf die Frage: «Sollte Deutschland Ihrer Meinung nach Waffen und andere Rüstungsgüter in andere Länder verkaufen oder nicht?» antworteten 78 Prozent mit «nicht verkaufen». Eine andere Frage lautete: «In den Kriegs- und Krisengebieten werden die meisten Menschen durch Pistolen, Gewehre und Maschinenpistolen getötet. Sollte Deutschland den Verkauf solcher Waffen ins Ausland grundsätzlich verbieten?» 73 Prozent sprachen sich für ein Verbot aus.

Lühr Henken gehört dem Beirat der Informationsstelle Militarisierung e. V. an. Peter Strutynski ist Lehrbeauftragter an der Universität Kassel und Mitglied der AG Friedensforschung. Beide sind Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V.i.S.d.P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: April 2013
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling